

1961/AB
vom 10.07.2020 zu 1953/J (XXVII. GP)
Bundesministerium bmafj.gv.at
Arbeit, Familie und Jugend

Mag. (FH) Christine Aschbacher
Bundesministerin

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

christine.aschbacher@bmafj.gv.at
+43 1 711 00-0
Untere Donaustraße 13-15, 1020 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.297.637

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1953/J-NR/2020

Wien, am 10. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Herbert Kickl, Dr. Susanne Fürst und weitere haben am 12.05.2020 unter der **Nr. 1953/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Rechtsakte im Zusammenhang mit dem "Corona-Wahnsinn"** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Welche Verordnungen oder Erlässe haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassen? (Auflistung nach Datum der Erstellung, Rechtskraftdatum, Datum der Auskraftsetzung, GZ und Betreff, sowie – falls öffentlich abrufbar – den Verweis auf den Text bzw. – falls nicht abrufbar – den Text als Anlage)*

Betreff	Kundmachung	Inkrafttreten	<u>Außerkraftsetzung</u>	<u>GZ</u>
Verordnungen				
ARG-VO	BGBI. II Nr. 118/2020 und 244/2020	27.03.2020	30.06.2020	2020-0.190.961 und 2020-0.318.022
COVID-Kurzarbeit- Obergrenzen-VO	BGBI. II Nr. 132/2020	07.04.2020	14.04.2020	2020-0.220.248

Änderung der COVID-Kurzarbeit-Obergrenzen-VO	BGBI. II Nr. 155/2020	15.04.2020	21.04.2020	2020-0.224.441
Änderung der COVID-Kurzarbeit-Obergrenzen-VO	BGBI. II Nr. 168/2020	22.04.2020	30.04.2020	2020-0.235.717
Änderung der COVID-Kurzarbeit-Obergrenzen-VO	BGBI. II Nr. 188/2020	31.04.2020	20.05.2020	2020-0.253.665
Erlässe*				
Geltendmachung von Leistungsansprüchen sowie Einhaltung bestimmter Termine; Vorgangsweise bei Verdacht des Vorliegens einer Coronavirus-Infektion (SARS-CoV-2)	02.03.2020			2020-0.147.111
Informationen zum derzeitigen Stand des Wissens zum Thema Coronavirus (SARS-CoV-2) <u>https://www.arbeitsinspektion.gv.at/Zentrale Dokumente/Gesundheit im Betrieb/Erlaessee/2020_0_147_507_Information zum der zeitigen Stand des Wissen z.pdf</u>	02.03.2020			2020-0.147.507
Außergewöhnliche Fälle wegen Auftretens des Corona-Virus (SARS-CoV-2); KA-AZG; AZG <u>https://www.arbeitsinspektion.gv.at/Zentrale Dokumente/Arbeitszeit - ruhe/Erlaesee/2020014863_6_Aussergewoehnliche Faelle Corona Virus erl.pdf</u>	04.03.2020			2020-0.148.636
Vorgangsweise im Bundesdienst im Zusammenhang mit dem	11.03.2020			2020-0.173.942

Corona Virus (COVID 19) Weiterführende Information für die Bediensteten				
Vorgangsweise in der Arbeitsinspektion in Zusammenhang mit dem Corona-Virus, Ergänzung zum Schreiben des Präsidiums	12.03.2020			2020-0.177.021
Maßnahmen zur Einschränkung der Verbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2)	13.03.2020			2020-0.177.401
Weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID 19 (Corona Virus)	13.03.2020			2020 0.179.830
Information Vorgangsweise Arbeitsinspektion Corona- Virus	13.03.2020			2020-0.181.862
Ergänzung des Erlasses Außergewöhnliche Fälle wegen Auftretens des Corona-Virus (SARS-CoV- 2); KA-AZG; AZG https://www.arbeitsinspektion.gv.at/Zentrale_Dokumente/Gesundheit_im_Betrieb/Erlaesse/Ergaenzung_Aussergewoehnliche_Faelle_wegen_Auftreten_des_Cor.pdf	13.03.2020			2020-0.180.176
Änderung Vorgangsweise Arbeitsinspektion Corona- Virus	13.03.2020			2020-0.180.023
Ausländerbeschäftigung; Vorgehensweise im Zusammenhang mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2)	16.03.2020			2020-0.184.038
Ausnahme von Artikel 6 bis 9 der VO (EG) 561/2006 für Fahrzeuge, die angesichts	18.03.2020		20.03.2020	2020-0.184.275

der „Coronakrise“ eingesetzt werden ab 16. März bis 14. April 2020 (aufgehoben)				
Ausnahme von Artikel 6 bis 9 der VO (EG) 561/2006 für Fahrzeuge, die angesichts der „Coronakrise“ eingesetzt werden ab 16. März bis 14. April 2020, neuer Erlass des BMK (aufgehoben)	20.03.2020		16.04.2020	2020-0.192.868
Persönliche Schutzausrüstung Wiederaufbereitung von Atemschutzmasken für Krankenhäuser https://www.arbeitsinspektion.gv.at/Zentrale_Dokumente/Gesundheit_im_Betrieb/Erlaessee/2020_0_196_661_Persoenliche_Schutzausruestung_Wiederaufberei.pdf	24.03.2020			2020-0.196.661
Ausländerbeschäftigung; Vorgangsweise im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Kontingentbewilligung, RWR-Karte plus)	25.03.2020			2020-0.192.752
2. COVID-19-Gesetz; Sonderregelung für Fristen im Verwaltungsverfahren	30.03.2020			2020-0.202.757
Persönliche Schutzausrüstung Wiederaufbereitung von Atemschutzmasken für den Gesundheitsbereich https://www.arbeitsinspektion.gv.at/Zentrale_Dokumente/Gesundheit_im_Betrieb/Erlaessee/2020-0.210.591_Persoenliche_Schutzausruestung_Wiederaufberei.pdf	31.03.2020			2020-0.210.591

Corona SARS-Cov-2 Pandemie Atemschutzmasken (CPA) – Inverkehrbringen nach Durchführung eines verkürzten Bewertungsverfahrens – Verwendung von CPA durch medizinische Fachkräfte <u>https://www.arbeitsinspektion.gv.at/Zentrale_Dokumente/Gesundheit_im_Betrieb/Erlaesse/20200220443_Corona_SARS-Cov-2_Pandemie_Atemschutzmasken_(CPA).pdf</u>	03.04.2020			2020-0.220.443
Arbeitslosigkeit und elektronisch überwachter Hausarrest	03.04.2020			2020-0.219.752
Coronavirus (COVID 19) Ersuchen um Verbrauch von Resturlaub	06.04.2020			2020 0.223.943
3. Covid-19-Gesetz (BGBl. I Nr. 23/2020): Änderung des AuslBG - Sonderregelung für Saisoniers in der Land- und Forstwirtschaft; Erlass	07.04.2020			2020-0.201.940
Informationsschreiben Corona-Virus – Schutzmasken und Abstand im Büroalltag	09.04.2020			2020-0.232.577
Umsetzung der COVID 19 Gesetzespakete im BMAFJ	15.04.2020			2020-0.239.683
Ausnahmen von der VO (EG) 561/2006, neuer Erlass des BMK <u>https://www.arbeitsinspektion.gv.at/Zentrale_Dokumente/Gesundheit_im_Betrieb/Erlaesse/20200237699_Ausnahmen_von_der_V</u>	16.04.2020			2020-0.237.699

O EG 561 2006 neuer Erlass d.pdf				
4. COVID-19-Gesetz; Sonderregelung für Fristen im Verwaltungsverfahren	20.04.2020			2020-0.223.632
Bildungsteilzeitgeld und COVID-19-Kurzarbeit	21.04.2020			2020-0.249.881
Zustellung am Samstagnachmittag	05.05.2020			2020-0.251.746
Künftige Vorgehensweise im Zusammenhang mit COVID-19; Vollziehung des AlVG; Beratung, Betreuung und Vermittlung	12.05.2020			2020-0.293.297

*Bei Erlässen kann nur das Genehmigungsdatum angegeben werden. Die Erlässe umfassen eine Vielzahl an Regelungen basierend auf den getroffenen Maßnahmen zur Verbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2), mit jeweils unterschiedlichen Geltungszeiträumen. Der Geltungszeitraum ergibt sich daher direkt aus den Erlässen bzw. aus den zu Grunde liegenden Rechtsvorschriften.

Erlässe, soweit sie nicht veröffentlicht wurden, finden sich als Dokumente in der Anlage 1.

Zur Frage 2

- Ist Ihnen Kritik an möglicherweise verfassungs- und grundrechtswidrigen Verordnungen und Erlässen unter Ihrer Verantwortung bekannt?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, bezüglich welchem Rechtsakt?
 - c. Wenn ja, wann ist Ihnen diese bekannt geworden?
 - d. Wenn nein, warum nicht?

An den Verordnungen und Erlässen des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend gab es keine derartige mir bekannte Kritik.

Zur Frage 3

- Gibt es in Ihrem Ressort ein Protokoll, wie mit dieser Kritik umgegangen werden soll?
 - a. Wenn ja, welche Schritte sieht dieses vor?
 - b. Wenn ja, werden Sie von etwaiger Kritik direkt informiert?
 - c. Wenn nein, warum nicht?

In meinem Ressort gibt es kein derartiges Protokoll. Es ist Aufgabe der Fachsektionen, fundierte Kritik an gesetzlichen Bestimmungen aufzugreifen und gegebenenfalls auch Änderungsvorschläge zu erarbeiten.

Zu den Fragen 4 bis 7

- *Welche der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen oder Erlässe sind vermutlich rechtswidrig? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
- *Gegen welche Grund- und Verfassungsrechte verstößen die von Ihnen erlassenen Rechtsakte? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
- *Zu welchem Zeitpunkt wurde Ihnen die Rechtswidrigkeit der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen und Gesetze bekannt? (Bitte je Rechtsakt angeben)*
- *Ist eine Behebung der rechtswidrigen Rechtsakte geplant? (Bitte je nach Rechtsakt angeben)*
 - *a. Wenn ja, wann und in welcher Form?*

Im Zuge der Erstellung aller in der ersten Frage aufgelisteten Verordnungen und Erlässe haben wir stets auf die Verfassung und die gegebenen gesetzlichen Regelungen Bedacht genommen. Über etwaige Auffassungsunterschiede entscheidet letztlich der VfGH.

Zur Frage 8

- *Welche Experten waren in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*

Die Zuständigkeit ergibt sich aus der Geschäftseinteilung.

Externe Expertinnen oder Experten waren nicht in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden.

Zur Frage 9

- *Inwiefern war Ihr Koalitionspartner in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*

Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus umfassende Maßnahmen beschlossen und dabei geschlossen agiert.

Zur Frage 10

- *Welche externen Kosten (zB Beratungsleitungen) sind bei der Erstellung der Verordnungen und Erlässe angefallen? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)*

Es sind keine externen Kosten bei der Erstellung der Verordnungen und Erlässe angefallen.

Zu den Fragen 11 und 12

- Bei welchen Verordnungen und Erlässen wurde der Verfassungsdienst konsultiert? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)
- Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?

Von Seiten der legistisch zuständigen Fachabteilungen wird der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt bei Bedarf beigezogen und um seine Beurteilung von komplexen verfassungsrechtlichen und legistischen Fragestellungen gebeten.

Zur Frage 13

- Welche sonstigen Rechtsakte oder ähnliches (zB Rundbriefe, Informationsschreiben, Dienstanweisungen etc.) haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise erstellt? (Auflistung nach Datum und Betreff, sowie - falls öffentlich abrufbar - den Verweis auf den Tex bzw. - falls nicht abrufbar - den Text als Anlage)

Auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit, Familien und Jugend wurden ab 23. März 2020 Informationen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise bereitgestellt und regelmäßig aktualisiert.

Unter anderem:

- FAQs zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf Familien
- FAQs zu den Auswirkungen auf Jugendliche und Jugendarbeit
- Empfehlungen zur Durchführung von Elternbildungsveranstaltungen
- Empfehlungen zur Durchführung von Veranstaltungen der Eltern-/Kinderbegleitung
- Empfehlungen zur Durchführung für Mediationen gem. § 39c FLAG
- Leitfaden für Feriencamps und außerschulische Jugendarbeit
- Richtlinien für den Corona-Familienhärtefonds
- Einführungs-Information betreffend die Verlängerung des Anspruches auf Familienbeihilfe bei einer Berufsausbildung/eines Studiums infolge der COVID-19-Krise an die Finanzämter

Zur Frage 14

- Welche Gesetze die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden, müssen Sie vollziehen? (Auflistung nach Datum Veröffentlichung, Betreff und Verweis auf das jeweilige Bundesgesetzblatt)

Vorweg anzumerken ist, dass mit Ausnahme horizontal anwendbarer Rechtsvorschriften, wie etwa dem AVG, sich die Vollziehung aus dem Bundesministeriengesetz idGf ergibt und dass sämtliche Gesetze auf Initiativanträgen beruhen.

Betreff	Kundmachung	Inkrafttreten	Außenkraftsetzung/Befristung	BGBI
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz Regelungen zur Sonderbetreuungszeit im § 18b AVRAG Novelle zum § 18b AVRAG (Sonderbetreuungszeit) und Schaffung einer Fortlaufshemmung von Verjährungs- und Verfallsfristen im § 18b Abs. 2 AVRAG Novellierung der Sonderbetreuungszeit im § 18b Abs. 1 AVRAG durch Erweiterung des begünstigten Personenkreises	15.03.2020 21.03.2020 04.04.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag mit dem der Kundmachung folgenden Tag mit dem der Kundmachung folgenden Tag	Befristet bis 31.05.2020 § 18 Abs. 2 AVRAG: Befristet bis 30.04.2020, mit Verlängerungsmöglichkeit durch VO Befristet bis 31.05.2020 bzw. 30.06.2021 (Abwicklung Vergütungsanspruch)	COVID-19-Gesetz, BGBI. I. Nr. 12/2020 2. COVID-19-Gesetz, BGBI. I Nr. 16/2020 3. COVID-19-Gesetz, BGBI. I Nr. 23/2020
Arbeitsmarktservicegesetz	15.03.2020 21.03.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag Rückwirkend mit 1. März 2020	Inhaltlich mit 30. September 2020 befristet bis 31.12.2020	COVID-19-Gesetz, BGBI. I. Nr. 12/2020 2. COVID-19-Gesetz, BGBI. I Nr. 16/2020
Arbeitslosenversicherungsgesetz	21.03.2020 05.05.2020	Rückwirkendes Inkrafttreten mit 15.03.2020 Rückwirkendes Inkrafttreten mit 16.03.2020	Inhaltlich mit 30. September 2020 Inhaltlich mit 30. September 2020	2. COVID-19-Gesetz, BGBI. I Nr. 16/2020 6. COVID-19-Gesetz, BGBI. I Nr. 28/2020
Arbeitsverfassungsgesetz (Fortlaufshemmung der Kündigungsanfechtungsfrist nach §§ 105 Abs. 4 und 107 ArbVG)	21.03.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	befristet bis 30.04.2020	2. COVID-19-Gesetz, BGBI. Nr. I 16/2020
Gleichbehandlungsgesetz (Fortlaufshemmung der Kündigungsanfechtungsfrist nach §§ 15 Abs. 1a und 29 Abs. 1a)	21.03.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	befristet bis 30.04.2020	2. COVID-19-Gesetz, BGBI. Nr. I 16/2020
Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz (Entfall der Urlaubs-Zuschläge bei COVID-Kurzarbeit mit 0-Stunden-Wochen; Entfall der Zuschläge für Abfertigung, Überbrückungsgeld und Winterfeiertagsregelung im Zeitraum von 16. März 2020 bis 15. Mai 2020)	21.03.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	Ergibt sich aus dem Gesetz.	2. COVID-19-Gesetz, BGBI. Nr. I 16/2020

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch Anpassung des § 1155 ABGB iZm der COVID-19-Pandemie, Möglichkeit der einseitigen Anordnung von Urlaubs- und Zeitguthabenverbrauch durch Dienstgeber/innen	21.03.2020	Rückwirkendes Inkrafttreten mit 15.03.2020	31.12.2020	2. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 16/2020
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz/Beamten-Kranken-und Unfallversicherungsgesetz Beitragsrechtliche Erleichterungen für Dienstgeber/innen iZm dem Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (BMSVG) im § 733 Abs. 5 ASVG Schaffung der Regelung zum COVID-19-Risiko-Attest in § 735 ASVG und § 258 B-KUVG Entfall des letzten Satzes im § 733 Abs. 5 ASVG betreffend die Vorleistungsverpflichtung der Krankenversicherungsträger nach § 27 Abs. 8 BMSVG und Novellierung der Regelung zum COVID-19-Risiko-Attest in § 735 ASVG und § 258 B-KUVG	21.03.2020 04.04.2020 05.05.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag mit dem der Kundmachung folgenden Tag mit dem der Kundmachung folgenden Tag	Befristet bis 30.4.2020 Befristung der Freistellungsmöglichkeit bis 30.04.2020. mit Verlängerungsmöglichkeit durch VO, längstens jedoch bis zum 31.12.2020 Regelung zum COVID-19-Risiko-Attest: Befristung der Freistellungsmöglichkeit bis 31.05.2020 mit Verlängerungsmöglichkeit durch VO, längstens jedoch bis zum 31.12.2020	2. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 16/2020 3. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 23/2020 9. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 31/2020
Arbeitsverfassungsgesetz (Verlängerung der Tätigkeitsdauer des BR bis zur Konstituierung des nach dem 31.10.2020 neu gewählten BR)	04.04.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	befristet bis 31.10.2020	3. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 23/2020
Ausländerbeschäftigungsgesetz	04.04.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	befristet bis 30.06.2020 mit Verlängerungsmöglichkeit durch VO, längstens jedoch bis zum 31.12.2020	3. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 23/2020
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 Ausnahmeregelung bei Zuverdienstmöglichkeit bei Gewährung der Familienbeihilfe betreffend Pauschalentschädigungen für den ao. Zivildienst oder Einsatzpräsenzdienst im Jahr 2020 Corona-Familienhärtefonds	04.04.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	In Bezug auf das Kalenderjahr 2020 anzuwenden.	3. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 23/2020
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 Verlängerung des Anspruches auf Familienbeihilfe bei einer	05.05.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	Keine Befristung	6. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 28/2020

Berufsausbildung/eines Studiums infolge der COVID-19-Krise				
Corona-Familienkrisenfonds				
Arbeiterkammergegesetz (Umlaufbeschlüsse für Vorstand BAK und Arbeiterkammern; Verschiebung/Entfall Frühjahrsversammlung auf 2. Hj 2020; Vorlage Rechnungsabschluss nicht bis 30.6., sondern unverzüglich nach Beschlussfassung)	05.05.2020	mit dem der Kundmachung folgenden Tag	befristet bis 31.12.2020	6. COVID-19-Gesetz, BGBl. I Nr. 28/2020

Zur Frage 15

- *War Ihr Ressort bei der Textierung der jeweiligen Gesetze eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)*

Mein Ressort war bei allen in der zu Frage 14 genannten Gesetzen in der Gesetzwerdung eingebunden.

Zu den Frage 16 und 17

- *Hat Ihr Ressort bei jenen Gesetzen, bei denen es eingebunden war, den Verfassungsdienst konsultiert? (Auflistung nach Gesetz)*
- *Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?*

Es ist darauf hinzuweisen, dass die im Zuge der Coronakrise vom Parlament beschlossenen Covid-19 Gesetzespakete jeweils als Initiativantrag eingebracht wurden. Eine Begutachtung von Initiativanträgen ist nicht vorgesehen, sodass auch keine Stellungnahmen in einem etwaigen Begutachtungsverfahren erfolgt sind.

Der Verfassungsdienst war bei der mit BGBl. I Nr. 28/2020 erfolgten Änderung des FLAG 1967 in Bezug auf die Verlängerung des Anspruches auf Familienbeihilfe bei einer Berufsausbildung/eines Studiums infolge der COVID-19-Krise eingebunden.

Zur Frage 18

- *Bei welchen Gesetzen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden und für deren Vollzug Ihr Ressort nicht zuständig ist, war Ihr Ressort bei der Textierung eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)*

Mein Ressort war in die Textierung ressortfremder Gesetze nicht eingebunden.

Mag. (FH) Christine Aschbacher

